



„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal. Sonntags ohne Beilagen...

Interkontinentale Reise 1. Klasse u. 2. Klasse. Familien-Anreise mit 20% Ermäßigung...

Berliner Tageblatt

Nr. 54 47. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Mittwoch 30. Januar 1918

Vor dem Wiederbeginn der Friedensverhandlungen

Die Ankunft der Delegierten in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 29. Januar. (M. L. B.) Im Laufe des gestrigen Tages sind in Brest-Litowsk eingetroffen: Am Nachmittag: Der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren Graf Czernin mit den übrigen Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Delegation; am Abend: Staatssekretär v. Kühlmann und der bayerische Staatsminister und ehemalige Ministerpräsident Graf v. Podewils mit Begleitung...

Auf russischen Ersuchen wurde die für heute anberaumte gewesene Sitzung der politischen Kommission auf morgen vertagt.

Berlin, 29. Januar. (M. L. B.) Nach Mitteilung der in Brest-Litowsk verbliebenen Vertreter der Kaiser Zentralstabes soll die ukrainische Delegation gestern aus Kiew abgefahren sein.

Trostki will keinen Sonderfrieden schließen.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat Trostki auf dem dritten allrussischen Kongress der Arbeiter und Soldatenräte am Schluß einer längeren Rede folgendes erklärt: „Die russische Delegation wird ihre Forderungen nicht preisgeben. Sie wird keinen Separatfrieden schließen. Die Bewegung greift auf Polen und England über. Die Macht der imperialistischen und bürgerlichen Regierungen ist unterminiert. Das europäische Proletariat wird uns unterstützen. Wir kämpfen für eine gemeinsame Sache und wir werden siegen.“

Die Erörterung der Friedensfrage auf dem Sowjetkongress.

„Wolfe Tagblad“ meldet aus Petersburg: „Der allrussische Sowjetkongress wird in diesen Tagen ausführlich die Frage der Friedensverhandlungen erörtern. Es sind drei verschiedene Richtungen innerhalb des Sowjetkongresses vorzusehen. Die eine will mit Rücksicht auf die innere Lage den Frieden auf Grund der Bedingungen schließen, die man von den Deutschen erzwingen kann. Die zweite Richtung will keinen formellen Frieden, aber auch keine Fortsetzung des Krieges, sondern strebt so lange wie möglich den Status quo an, indem sie sich vorbereitet, das Abwärtens der Deutschen zu verhindern. Die dritte Richtung, die besonders die jüngeren Sowjeträte vertreten, will den revolutionären Krieg führen. Sie hat im Sowjetkongress die Mehrheit, aber ob sie auch auf dem Sowjetkongress die Mehrheit haben wird, ist noch zweifelhaft.“

Die Kämpfe zwischen Ukrainern und Bolschewiken.

Der maximalistische Volkskongress für nationale Angelegenheiten gibt bekannt, daß die Bolschewiken auftragen mit der Kaba der Ukraine nicht weiter verhandeln zu werden.

Der einzige mögliche Weg sei der unbarmherzige Kampf mit der Kaba, bis die ukrainischen Sowjets siegreich seien. Friede und Ordnung könne in der Ukraine nur herrschen, wenn die Herrschaft der Bourgeoisie völlig beseitigt und ersetzt sei durch die neue sozialistische Kaba der Sowjets, deren Stern schon in Chortow geblüht sei. Wie gemeldet wurde, mobilisieren die ukrainischen Bolschewiki ihre Streitkräfte. Eine allgemeine Schlacht bei Kiew sei in einigen Tagen zu erwarten. Der rumänische Konsul und 14 Offiziere seien in Kijew verhaftet worden.

Das hiesige Ukrainische Bureau meldet aus Lemberg: Die größten Teile von der Petersburger Telegraphen-Agentur verbreiteten Nachrichten über die Einnahme von Wolawa, Tschernigow und Kozlow durch Bolschewiki sind gänzlich unbegründet. Die Bolschewiki besetzen die Städte Chortow und Jekaterinoslaw. Gegen Jekaterinoslaw marschieren ein großes Aufgebot der Kaba. Hier wird ein Entscheidungsschlamm stattfinden. In den Kämpfen zwischen den Bolschewiki und Ukrainern an der ukrainischen Front siegt die Ukraine. Hier dürfte es bei Berdytschew zu einer Schlacht kommen.

Abreise der rumänischen Gesandtschaft aus Petersburg.

Petersburg, 28. Januar. (M. L. B.) Die rumänische Gesandtschaft erließ um 2 Uhr nachmittags Befehl, Rußland binnen 10 Stunden zu verlassen. Die Abreise erfolgte am Mittwoch nach Stockholm.

Das hiesige Ukrainische Bureau meldet aus Petersburg: „Die rumänische Regierung hat alle nötigen Maßnahmen getroffen, damit die russischen Truppen bei den rumänischen Gebieten räumen. Die Maßnahmen erstrecken sich jedoch nicht auf die ukrainischen Truppen der Kaba. Rumänische Abteilungen und ukrainische Soldaten haben die Besetzung von Hageni entworfen und die Mitglieder des örtlichen Sowjets verhaftet.“

Ministerpräsident Radolawow über die politische Lage.

Der bulgarische Ministerpräsident Radolawow äußerte sich über die jetzige internationale Lage einem Mitarbeiter des „As“ gegenüber wie folgt: „Wenn auch die jetzigen russischen Maßnahmen für uns, würde das den Frieden nicht verhindern können. Was die besondere Haltung Bulgariens anbelangt, so haben wir Rußland nichts weggenommen und wollen ihn auch nicht wegnehmen. In der gleichen Lage ist Rußland gegenüber. Die Dohrußland zu besetzen wir von rumänischer, die Morawagegend von serbischer Herrschaft. Von Griechenland, mit dem wir uns seit einem Jahr im Kriegszustand befinden, und gegen Rumänien, Serbien und die Balkanländer, die beabsichtigt, die Dohrußland zu besetzen, ist unsere Lage verdoppelt. Sowohl das Recht wie die Macht ist auf unserer Seite.“ Der Ministerpräsident äußerte ferner, er beabsichtige, bezüglich der Friedensverhandlungen keine Erklärungen abzugeben, bis mit Rußland vollkommene Übereinstimmung zustande gekommen sei. Dann würde das vollständige Ergebnis der Verhandlung bekannt werden und er hoffe, daß er bis dahin nicht mehr lange zu warten haben würde. Der Ministerpräsident schloß seine Ausweisungen: „Schon lange wird die Frage erörtert, ob die Entente-Armeen in Mazedonien bleiben oder ob sie in dem Wunsch der Zweckmäßigkeit weiteren Kampfes bestehen sollen. Die Frage ist unerörtert und. Das Ergebnis unserer großen Sache hängt aber nicht davon ab. Wir selbst haben keine offensiven Pläne und sind andererseits fester gegen jede Offensiv der Entente-Länder.“

Eine Abordnung der Skandinavier in Stockholm.

Die Stockholmer Zeitungen berichten, daß gestern in Stockholm eine aus fünf Mitgliedern bestehende Abordnung von den Skandinaviern ein, die die Aufgabe hat, dem Wunsch der Skandinavier nach Vereinigung mit Schweden Ausdruck zu geben. Die Abordnung fährt auch eine Massenadresse mit 8000 Unterschriften mit sich, in der der gleiche Wunsch ausgesprochen wird.

Die Ausstaudsbewegung.

Zur Streikbewegung veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die folgende Kundgebung: „In Berlin und an einzelnen Stellen im Reich haben Arbeiter den jetzigen Augenblick zu dem Verzuge benutzt, durch Niederlegen der Arbeit auf die Regierung einen politischen Druck auszuüben. Ein von den Streikenden in Berlin geleiteter Ausschuss hat Forderungen aufgestellt, die sich u. a. auch mit unpolitischen Fragen befassen. Soweit sich darin ein Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung ausdrückt, die von ihr zugelegten Reformen im Innern durchzuführen, geben sie von einer völlig falschen Voraussetzung aus.“

Was die gleichfalls in den Forderungen berührten Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk betrifft, so sind sich die streikenden Arbeiter vernehmlich darüber klar, daß ihr Verhalten zu dem Gegenteil führen muß, was sie erreichen wollen. Statt die Verhandlungen über den Frieden zu fördern, erschweren und verschleppen sie deren Verlauf, indem sie anderen Feinden in ihren Ansprüchen gegen unsere Unterhändler beitragen. Die Regierung, die in Brest-Litowsk verhandelt, um zu einem Frieden zu gelangen, der die besten Lebensinteressen sichert, dabei aber ein freumberechtigtes Verhältnis zu unseren bisherigen Feinden möglich macht, wird sich durch derartige Ausgebungen von dem als richtig erkannten Wege nicht abbringen lassen. Es muß vielmehr erwartet, daß die streikenden Arbeiter sich bei ruhiger Überlegung baldigt von der Schädlichkeit ihres Verhaltens überzeugen und zu ihrer Arbeit zurückkehren, die für jeden eine heilige Pflicht gegen das Vaterland ist.“

Nach sehen wir in schwerem Kampfe. Jeder, der in der Heimat seine Arbeit vernachlässigt oder gar niederlegt, verfehlt sich an unseren Brüdern im Felde, die mit ihrem Blut unter den größten Anstrengungen und Gefahren den Feind abwehren, der es auf die Niederwerfung Deutschlands, auf die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Stellung und damit auf die Vernichtung des deutschen Volkes, also auch der deutschen Arbeiterkraft, abgesehen hat. Das Volkswohl verdient gemacht haben und das sie in ihrer erdrückenden Mehrheit auch heute noch dem Vaterlande beweisen, wird das feine dazu beitragen, um die Streikbewegung baldigt zu Ende zu bringen.“

Der Wunsch, den gegenwärtigen Zustand bald zum Ende gebracht zu sehen, dürfte von allen geteilt werden, denen die Sache des Volkes und des Landes am Herzen liegt. Man muß hinzusetzen, daß dringend eine Beendigung erwünscht ist, die eine dauernde Beendigung schafft, indem sie mit dem Streit zugleich seine eigentliche Ursache, mit der Wirkung die Ursache beseitigt. In der hoffentlichsten und am liebsten Kundgebung wird gesagt, die streikenden Arbeiter, die an der Entschlossenheit der Regierung, die zugelegten Reformen im Innern durchzuführen, zweifeln, gingen von einer falschen Voraussetzung aus. Das kann nur heißen, daß die Regierung den Widerstand der Abgeordnetenmehrheit brechen neue Versöhnungsversuche verhindern, dem Volke das gleiche Wahlrecht in kürzester Frist, und wenn nicht mit der konservativ-individualistisch-nationalistischen Mehrheit, dann eben ohne sie und auf anderem Wege, bringen wird. Die Herren dieser Mehrheit haben gestern in Tönen, die nur ihre innere Unruhe und ihre Nervosität verraten, unsere Bemerkungen über ihre Versöhnungsversuche zu widerlegen versucht. Es ist uns allerdings gleichgültig, was sie über uns sagen und denken, und wir sehen nur mit einiger Verächtlichkeit, daß die Verantwortung, mit der sie sich belastet haben, sie nunmehr etwas zu drücken beginnt. Wenn die Regierung, wie sie erklären läßt, entschlossen ist, die Wahlrechtsreform durchzuführen, und wenn sie diesen Entschluß ohne Zögern auszuführen gedenkt, so wird einer der Gründe, die verstimmend, und mehr nur als verstimmend, gewirkt haben, beseitigt sein. Es ist begreiflich, daß ein Volk, das so gewaltige Opfer gebracht und so großartig sich bewährt hat, sich nicht von den Interessenvertretern im preussischen Abgeordnetenhause um die volle Erfüllung des königlichen Versprechens bringen lassen will.

Wir sind nicht in der Lage, die einzelnen Forderungen der streikenden Arbeiter, die übrigens hier und da schon bekannt gegeben wurden, aufzuführen, aber wir wollen sagen, daß sie vieles enthalten, was sich unbedingt unterscheiden, und einiges, was sich als zu weitgehend, nicht billigen läßt. Wir sind nicht der Meinung, daß die Vertreter des Deutschen Reiches alle von den Bolschewiki vorgeschlagenen Ausführungsbestimmungen als eine Grundlage annehmen müssen, von der sie nicht um ein Haar drei abweichen dürfen,